

Hüther, Michael; Obst, Thomas; Pimpertz, Jochen

Working Paper

Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit: Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten

IW-Policy Paper, No. 3/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Hüther, Michael; Obst, Thomas; Pimpertz, Jochen (2025) : Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit: Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, No. 3/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/312392>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit

Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten

Michael Hüther / Thomas Obst / Jochen Pimpertz

Köln, 23.01.2025

IW-Policy Paper 3/2025

Aktuelle politische Debattenbeiträge



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Prof. Dr. Michael Hüther

Direktor und Mitglied des Präsidiums

huether@iwkoeln.de

0221 – 4981-600

Dr. Thomas Obst

Senior Economist für Auslandskonjunktur und makroökonomische Modellierung

obst@iwkoeln.de

030 – 27877-135

Dr. Jochen Pimpertz

Leiter des Themenclusters

Staat, Steuern und Soziale Sicherung

pimpertz@iwkoeln.de

0221 – 4981-760

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Januar 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit unter Druck	5
2 Demografie belastet Sozialversicherung und Arbeitsmarkt.....	7
3 Makroökonomische Perspektive steigender Sozialbeiträge	9
3.1 Modellrahmen und Transmissionskanäle	9
3.2 Annahmen zur Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge	9
3.3 Simulation und Ergebnisse	11
4 Alternative Verteilung höherer Beitragslasten führt in die Irre	14
4.1 Einordnung aktueller Reformvorschläge	14
4.2 Belastungswirkungen einer höheren Beitragsbemessungsgrenze in der GKV und SPV	15
5 Beschäftigungssichernde Investitionen erfordern stabile Beitragslasten	19
6 Abstract.....	21
Tabellenverzeichnis.....	22
Abbildungsverzeichnis.....	22
Literaturverzeichnis	23

JEL-Klassifikation

H55 – Sozialversicherung und öffentliche Renten

I13 – Krankenversicherung, öffentlich und privat

O11 – Makroökonomische Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung

Zusammenfassung

Mit dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ist das Geschäftsmodell der deutschen Volkswirtschaft ins Wanken geraten. In einer zunehmend de-globalisierten Ökonomie gelingt es der industriebasierten und exportorientierten Wirtschaft immer weniger, an dem Wachstum seiner Hauptzielländer teilzuhaben. Bedenklich stimmt die anhaltende Investitionsschwäche, die eine Bewältigung der transformatorischen Herausforderungen erschwert. Defizite in der öffentlichen Infrastruktur behindern eine erfolgreiche Transformation zusätzlich. Gleichzeitig wechseln ab jetzt die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand. Damit steigen die Finanzierungserfordernisse in der gesetzlichen Sozialversicherung stetig, während die zurückbleibende Lücke auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr durch nachfolgende Kohorten geschlossen werden kann. Damit die Volkswirtschaft wieder zurück auf einen Wachstumspfad findet, braucht es einen Kurzwechsel hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Erfolge werden sich aber erst auf mittlere Sicht einstellen. Um Beschäftigung zu sichern und tragfähige Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen, sind kurzfristig steuerpolitische Impulse zur Wiederbelebung der privaten Investitionstätigkeit vonnöten. Doch latent steigende Sozialabgaben drohen sich zu einer Investitionshypothek auszuwachsen. Denn sie führen zu steigenden Arbeitskosten, ohne leichtgängig mobilisierbare Produktivitätsreserven steigen damit die Lohnstückkosten. Es droht ein dauerhafter Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, der das Bemühen um positive Investitionsstimuli konterkariert.

Die Beitragssatzerhöhungen zum Jahreswechsel 2024/2025 sind nicht etwa als temporäres Phänomen misszuverstehen. Vielmehr markieren sie den Einstieg in einen anhaltenden Trend zu dauerhaft steigenden Beitragsbelastungen. Das gilt es zu vermeiden, damit eine Wiederbelebung privater Investitionen gelingen und Beschäftigung hierzulande gesichert werden kann. Denn eine makroökonomische Simulation zeigt, dass bei ungebremst steigenden Finanzierungserfordernissen in den sozialen Sicherungssystemen die Wirtschaftsleistung über das kommende Jahrzehnt rund einen halben Prozent unter dem Niveau liegen wird, das ohne Anstieg der Abgabenlast möglich wäre. Deutlich negative Auswirkungen zeigen sich unter anderem bei der privaten Investitionstätigkeit. Der Bremseffekt scheint bei der Beschäftigung vergleichsweise gering auszufallen, jedoch ergeben sich deutliche Einbußen bei den verfügbaren Einkommen. Die jährlich steigenden Sozialversicherungsbeiträge führen somit zu einer anhaltenden binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche und zusammen mit der bereits schwach laufenden deutschen Exporttätigkeit zu einer Unterauslastung der deutschen Volkswirtschaft.

Angeichts dessen führen Vorschläge in die Irre, die Beitragssatzsumme über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage stabilisieren zu wollen – zum Beispiel durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV und SPV. Denn selbst bei einem kurzfristig stabilen Beitragssatzerfordernis steigen damit die Beitragsbelastungen für Arbeitgeber und Beschäftigte. Betroffen wären vor allem Standorte und Unternehmen, bei denen aufgrund eines hohen Anteils gut qualifizierter und überdurchschnittlich verdienender Arbeitskräfte Potenziale für eine erfolgreiche Transformation zu vermuten sind. Mittelfristig wäre dennoch wenig gewonnen, weil der Anpassungsdruck auf die Beitragssätze bei einem ungebremstem Ausgabenwachstum weiterhin bestehen bleibt. Stattdessen braucht es eine strikte Ausgabendisziplin in den umlagefinanzierten Sicherungssystemen. Das Beitragssatzziel von insgesamt 40 Prozent gilt explizit unter der aktuell gültigen Beitragsbemessung. Um diese Marke einhalten zu können, sind Einschnitte in das Leistungsversprechen der Sozialversicherungssysteme unvermeidbar. Für generöse Versprechen in der gesetzlichen Alterssicherung oder Leistungsausweitungen in der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist angesichts der drängenden Aufgaben kein Platz.

1 Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit unter Druck

Das industriebasierte und exportorientierte Geschäftsmodell Deutschlands ist ins Wanken geraten. Bereits seit 2018 schrumpft die Industrieproduktion. Der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes hat nach dem Pandemieschock nicht mehr das vorherige Niveau erreicht und sinkt seit zwei Jahren deutlich, während sich die Wertschöpfung noch seitwärts entwickelt (Hüther, 2025, 5). Dieser Befund kann als eine Folge der zunehmenden De-Globalisierung interpretiert werden. Denn die geopolitischen Entwicklungen begrenzen zunehmend die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung und damit eine effiziente Organisation von Lieferketten, Produktionsverflechtungen und Handelsbeziehungen. Zwar wäre es denkbar, dass sich hinter diesem Befund auch eine Verschiebung der inländischen Wertschöpfung hin zu höherwertigen Produkten verbirgt. Zu bedenken ist aber, dass sich die Quoten der deutschen Exporte in die USA seit 2022 kaum verändert haben und nach China und in die Euro-Zone sogar gesunken sind (Hüther, 2025, 7). Offenkundig gelingt es der deutschen Volkswirtschaft immer weniger, an der wirtschaftlichen Dynamik der bisherigen Hauptzielländer des deutschen Exports teilzuhaben. Stattdessen entwickeln sich ehemalige Absatzmärkte in Drittländern zu neuen Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

Bei reduzierter Marktdynamik bereitet vor allem die schwache Entwicklung der Investitionen Sorgen: Während der Anteil der privaten Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hierzulande und in der Europäischen Union (EU) nach dem Abflauen der Pandemie (seit 2022) gesunken ist, verharrt die Quote in den USA annähernd konstant und liegt aktuell auf dem deutschen Niveau. In der Gruppe der OECD-Länder ohne Deutschland ist der BIP-Anteil zuletzt ausgehend von einem höheren Niveau sogar noch leicht gestiegen. Die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen verzeichnen hierzulande im vergangenen Jahr zwar wieder einen Anstieg. Mit einem BIP-Anteil von 3 Prozent liegen sie aber immer noch um mehr als einen halben Prozentpunkt unter dem Niveau der USA, gegenüber der EU sowie der Gruppe der OECD-Staaten (jeweils ohne Deutschland) ist der Abstand sogar noch größer (Hüther, 2025, 8). So schmerzhaft die Lücke bei den privaten Investitionen ist, weil sie der Umsetzung von Innovationen in Produkten und Prozessen entgegensteht, so belastend wirkt sich die Lücke bei der Infrastruktur aus, die eine Voraussetzung für eine effiziente Arbeitsteilung der Unternehmen darstellt. Diese unbefriedigende Entwicklung des öffentlichen und privaten Kapitalstocks steht stellvertretend für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, den zum Beispiel der IMD Competitiveness Index (2024) attestiert: Deutschland ist binnen eines Jahrzehnts von Rang 6 bis auf den Rangplatz 24 von 67 betrachteten Volkswirtschaften abgerutscht, vor allem aufgrund schlechter Werte bei der Effizienz des Regierungshandelns, der unternehmerischen Effizienz sowie der Infrastruktur.

Ähnlich wie zu Beginn der 2000er Jahre deuten die Befunde weniger auf ein konjunkturelles Phänomen hin als vielmehr auf eine tiefe Strukturkrise der deutschen Volkswirtschaft. Deshalb sind auch von einer leicht verbesserten Weltkonjunktur kaum Impulse zu erwarten, die hierzulande eine nachhaltige Wachstumsdynamik entfachen könnten. Eine ähnliche Strukturkrise zeigte sich zuletzt zu Beginn der 2000er Jahre, die erst durch einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel und auch dann nur über einen längeren Zeitraum überwunden werden konnte (Hüther, 2025, 9). Wie damals ist eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik deshalb auch heute das Mittel der Wahl und dringend geboten. Dies gilt umso mehr, als die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Kurswechsel herausfordernder sind als noch vor zwanzig Jahren:

- Die Defizite der deutschen Infrastruktur treten immer deutlicher zutage. Die in den vergangenen zwei Jahrzehnten unterlassenen Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen zum Beispiel in die Verkehrsnetze haben zu einer Infrastrukturlücke geführt, deren Schließen in den kommenden fünf bis zehn Jahren je

nach Studie zusätzliche Investitionen im Umfang von mehreren Hundert Milliarden Euro erfordert (eine Übersicht verschiedener Berechnungen siehe Hüther, 2025, 10). Der dafür erforderliche Finanzierungsrahmen stößt aber bislang an die Grenzen der bundesdeutschen Schuldenbremse respektive haushaltspolitischer Prioritätensetzungen.

- Daneben erfordert die Dekarbonisierung der deutschen Volkswirtschaft erhebliche Investitionen sowohl der öffentlichen Hand als auch der unternehmerischen Wirtschaft, um den Kapitalstock von einer bislang auf fossilen Energieträgern basierenden Produktion umzurüsten auf eine klimaneutrale Produktionsweise. Das kostet Ressourcen und Zeit, während die Unternehmen angesichts einer künftig zunehmenden Verknappung der Emissionszertifikate mit steigenden Kosten für fossile Energieträger rechnen müssen. Zusätzlich belasten infrastrukturelle Defizite und strategische Unsicherheiten die Erwartungsbildung potenzieller Investoren. Die Transformationspolitik hat bislang maßgeblich zu der Verunsicherung beigetragen. So lässt die Energiepolitik kaum einen nachvollziehbaren und verlässlichen Transformationspfad erkennen (Hüther, 2025, 14).
- Diese Herausforderungen sind in einem geopolitischen Umfeld zu bewältigen, das zu steigenden Betriebskosten der unternehmerischen Wirtschaft führt (Hüther, 2025, 12). Denn etablierte Wertschöpfungsketten gilt es in einer zunehmend de-globalisierten Weltwirtschaft neu zu organisieren, ohne dass gleichermaßen effiziente Alternativen unmittelbar zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde kann eine wirtschaftspolitische Antwort nur auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft gegeben werden. Ziel muss es sein, trotz der transformatorischen Herausforderungen eine neue Wachstumsdynamik zu entfachen. Der Instrumentenkasten reicht von der Steuer- über die Infrastrukturpolitik, FuE-Förderung, Wettbewerbspolitik bis hin zur Deregulierung und Entbürokratisierung. Auch wenn eine ausführliche Erörterung der notwendigen Politikfelder den hier gesteckten Rahmen sprengen würde, ist die Notwendigkeit einer makroökonomischen Koordinierung angesichts der vielfältigen Handlungsfelder unmittelbar einleuchtend (Hüther, 2025, 20 f.).

Neben einem nachhaltigen Umsteuern in der Wirtschaftspolitik steht kurzfristig die Schaffung neuer Investitionsimpulse ganz oben auf der Agenda. Denn je länger Investitionen auf sich warten lassen, desto größer wird der Abstand zu den Volkswirtschaften in Europa, Asien oder Amerika, die schon heute eine höhere Wachstumsdynamik aufweisen. Naheliegend ist deshalb, über steuerpolitische Impulse potenzielle Investoren zu einem Engagement am Standort zu motivieren. Ob Sofortabschreibungen, steuerfreie Investitionsprämien oder Superabschreibungen, jenseits der Unterschiede im Detail ruht die Hoffnung darauf, mit positiven Investitionsimpulsen mittelbar Arbeitsplätze am Standort sichern und perspektivisch neue Beschäftigungsmöglichkeiten aufbauen zu können. Gleichzeitig gilt es zu betonen, dass im internationalen Vergleich die Unternehmensbesteuerung in Deutschland bereits überdurchschnittlich hoch ist. So zahlen Unternehmen hierzulande im Durchschnitt knapp 30 Prozent. Damit liegt der Wert aktuell rund 6,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der anderen OECD-Länder und 9 Prozentpunkte höher als in der EU-27 (Hentze et al., 2024). In keinem Nachbarland sind die Steuersätze so hoch wie in Deutschland.

Freilich werden steuerpolitische Impulse allein nicht ausreichen, wenn diese nicht durch nachhaltig wirksame Instrumente zur Stärkung der Angebotsseite flankiert werden – dazu gehören auch Maßnahmen, die zur Stabilisierung der Arbeitskosten beitragen, die im internationalen Wettbewerb von zentraler Bedeutung sind. Es mag wie eine Binsenweisheit klingen: Private Investoren kalkulieren mittel- bis längerfristig, wenn es um die Amortisation der eingegangenen unternehmerischen Risiken geht. Deshalb können steuerpolitische Impulse eine Investitionsentscheidung zugunsten des Standorts Deutschland begünstigen, sollte dieser

ansonsten gleichwertige Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb bieten. Solange dies aber nicht der Fall ist, zum Beispiel weil die Sozialabgaben stetig steigen, höhere Arbeitskosten drohen und damit auch höhere Lohnstückkosten, besteht die Gefahr, dass sinnvolle steuerpolitische Impulse kaum die erhoffte Wirkung entfalten.

2 Demografie belastet Sozialversicherung und Arbeitsmarkt

Mit der demografischen Transformation der deutschen Gesellschaft tritt eine Herausforderung hinzu, die sich unmittelbar auf die Entwicklung der Sozialabgaben und mittelbar auf die der Arbeitskosten am Standort auswirken wird. Aufgrund der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge erreichen allein in der kommenden Legislaturperiode rund 5,2 Millionen Arbeitskräfte die gesetzliche Regelaltersgrenze (beziehungsweise schon ab heute das frühestmögliche Renteneintrittsalter von 63 Jahren), während aufgrund der latent niedrigen Geburtenziffern lediglich 3,1 Millionen Menschen in das Erwerbsalter (ab 20 Jahren) nachrücken werden (Hammermann et al., 2024, 5). Diese Entwicklung wird sich danach weiter fortsetzen. Die Kommission Verlässlicher Generationenvertrag rechnete im Jahr 2020 damit, dass bis zum Jahr 2040 die Rentnerzahl um rund 4 Millionen auf dann gut 24 Millionen steigen wird, während die der Beitragszahler bei unveränderter Arbeitsmarktpartizipation um etwa 3 Millionen auf dann gut 32 Millionen zu sinken droht (Kommission Verlässlicher Generationenvertrag, 2020, 55). Damit führt die demografische Entwicklung zu einer doppelten Herausforderung:

- Einerseits droht ein Schwund beim Arbeitskräftepotenzial und hier vor allem von hochqualifizierten und erfahrenen Fachkräften. Schon heute wachsen sich die Arbeitskräfteengpässe zu einer bedeutsamen Restriktion für die unternehmerische Wirtschaft aus. Dies wird sich mit der demografisch bedingten Bevölkerungsalterung immer weiter verschärfen. Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik steht deshalb vor der Aufgabe, über die Steuerung von Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt hinaus alles zu unternehmen, um das Arbeitsangebot zu stabilisieren oder auszuweiten – sei es über Maßnahmen, die zu einer höheren Wochenarbeitszeit führen, oder einem höheren Erwerbsumfang der bislang in Teilzeit erwerbstätigen Personen, einer höheren Arbeitsmarktpartizipation und nicht zuletzt einer Ausdehnung der Lebensarbeitszeit bei gleichzeitig späterem Übergang in den Rentenbezug (Pimpertz/Schüler, 2021, 22 f.; Pimpertz, 2024, 13; Hüther et al., 2022).
- Gleichzeitig drohen mit dem ab jetzt einsetzenden Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand steigende Finanzierungserfordernisse in den umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen:
 - Das gilt unmittelbar für die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), weil sich dort die Anzahl der Personen im rentenberechtigten Alter erhöht und gleichzeitig bei einer unveränderten altersabhängigen Erwerbsbeteiligung die Anzahl der Beitragszahler reduziert. Bei einer ab dem Jahr 2031 konstanten Regelaltersgrenze von 67 Jahren führt das zu dem in zahlreichen Studien belegten Zusammenhang von steigendem Beitragssatz zur GRV bei sinkendem Sicherungsniveau vor Steuern; ein dauerhaft garantierten Sicherungsniveaus würde einen nochmals stärkeren Beitragssatzanstieg provozieren (vgl. Pimpertz/Schüler, 2024, 23 ff. und die dort zitierte Literatur).
 - Aber auch in der umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung (GKV/SPV) führt die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge zu problematischen Effekten. Denn die Inanspruchnahme von medizinischen Versorgungsleistungen steigt typischerweise mit dem Lebensalter an, so dass bei einer vermehrten Besetzung der höheren Altersklassen durch die geburtenstarken Jahrgänge die Finanzierungserfordernisse in der GKV insgesamt steigen werden (Beznoska et

al., 2023, 513). Ähnlich gilt der Zusammenhang für die SPV, wobei die Pflegefallprävalenz vor allem in der letzten Lebensphase, also typischerweise im hochbetagten Alter stark ansteigt. In der Folge wird sich die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge mit einer Verzögerung von zehn bis fünfzehn Jahren deutlich auf der Ausgabenseite der SPV bemerkbar machen.

- Hinzu kommt, dass in beiden Systemen mit der wachsenden Rentnerzahl der Anteil an Beitragszahlern steigt, die über ein niedrigeres beitragspflichtiges (Alters-)Einkommen verfügen als während der Erwerbsphase. Damit droht sich die Beitragsbemessungsgrundlage in der GKV und SPV schwächer zu entwickeln als das Finanzierungserfordernis (Beznoska et al., 2023, 513).

Ohne ein Umsteuern durch den Gesetzgeber drohen deshalb die Beitragssätze und die Beitragsbelastungen in allen drei Sozialversicherungszweigen deutlich zu steigen. Der Anstieg in der GKV und SPV um rund 1 Prozentpunkt zum Jahreswechsel 2024/2025 ist deshalb nicht etwa ein temporäres Problem, sondern markiert den Einstieg in einen dauerhaft anhaltenden Trend zu höheren Beitragslasten (Ochmann/Albrecht, 2024, 16). Mit einem latenten Anstieg der Beitragssätze und Beitragsbelastungen drohen sich in der Folge die Einkommens- und Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt einzutrüben:

- Kurzfristig haben sich mit dem Anstieg der Beitragssatzsumme von 40,9 Prozent auf fast 42 Prozent zum Jahreswechsel die Arbeitskosten der Arbeitgeber erhöht. Denn aufgrund der paritätischen Aufteilung der Beitragszahlung müssen auch die Unternehmen bei kurzfristig fixem, weil vertraglich abgesichertem Bruttolohn höhere Lohnzusatzkosten schultern (zu beispielhaften Berechnungen siehe vbw, 2024). Diese zusätzlichen Kosten lassen sich bei konstanter Beschäftigung nur über eine höhere Produktivität erwirtschaften.
- Gleichzeitig reduziert sich bei gegebenem Bruttolohn unter ansonsten unveränderten Voraussetzungen das Nettoeinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wenn sich aber mit der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge das Arbeitskräfteangebot immer weiter verknappt, dann steigt im Gegenzug die Wahrscheinlichkeit, dass es insbesondere den höher qualifizierten und gut organisierten Arbeitskräften in kommenden Lohnverhandlungen gelingen wird, mindestens ihr bisheriges Nettolohnniveau durchzusetzen. Je nach regionaler Knappheit lässt sich das auch schon heute bei Arbeitskräften mittlerer oder gar geringer Qualifikation beobachten; darauf deutet nicht zuletzt die positiven Lohndrift seit 2015 hin (Lesch, 2024, 84). Das erfordert ein höheres Bruttolohnniveau, auf dem nochmals höhere Lohnzusatzkosten aufsatteln (Pimpertz/Stockhausen, 2024, 8). Ohne hinreichende Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität drohen damit die Lohnstückkosten zu steigen und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandorts zu belasten.
- Tatsächlich existieren derzeit aber kaum leichtgängig mobilisierbare Produktivitätsreserven, die darauf hoffen ließen, dass sich der drohende Anstieg der Lohnstückkosten und ein weiterer Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verhindern ließe (Hüther, 2025, 9). Am aktuellen Rand deuten erste Indizien darauf hin, dass Unternehmen in Deutschland „Labour-Hoarding“ abbauen (Bardt et al., 2024, 26). Wenn sich daraufhin die Beschäftigungs- und Einkommenschancen am Standort eintrüben, droht die Entwicklung der beitragspflichtigen Einkommen insgesamt immer weiter hinter dem Wachstum der Finanzierungserfordernisse in den gesetzlichen Sozialversicherungen zurückzubleiben. Damit erhöht sich der Anpassungsdruck auf die Beitragssätze zusätzlich – es droht eine Negativspirale.

3 Makroökonomische Perspektive steigender Sozialbeiträge

3.1 Modellrahmen und Transmissionskanäle

Die Auswirkungen steigender Sozialversicherungsbeiträge auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung lassen sich in makroökonomischen Modellen simulieren. Dazu wird im Folgenden das Global Economic Model von Oxford Economics Economics (im Folgenden: Oxford-Modell) eingesetzt. Bevor die Ergebnisse der Simulationsrechnung vorgestellt werden, sollen zunächst überblicksartig die Wirkungsmechanismen des verwendeten Modells dargestellt werden. Das Oxford Modell ist ein makroökonomisches Modell der globalen Wirtschaft, dem sowohl theoretische Zusammenhänge als auch empirisch ermittelte Parameter zugrunde liegen. Somit können wichtige Schwachpunkte der rein empirischen Modelle (strukturvektorausregressive Modelle) und der rein theoretischen Modelle (Gleichgewichtsmodelle) ausgeräumt werden. Das Modell erlaubt makroökonomische Simulationen über einen Zeithorizont von fünf bis maximal zehn Jahren. Theoretische Zusammenhänge werden fortlaufend weiterentwickelt – basierend auf der wissenschaftlichen Literatur. Gleichzeitig werden monatlich aktuelle Datenveröffentlichungen integriert. Das Basisszenario bezieht sich auf die von Oxford Economics selbst erstellten Prognosen für die einzelnen Volkswirtschaften in den nächsten zehn Jahren. Das Modell ist monetaristisch in der langfristigen Perspektive, so dass die Entwicklung von angebotsseitigen Faktoren wie dem Humankapital, dem Arbeitsangebot oder dem Kapitalstock bestimmt wird. In der kurzen Frist können hingegen Nachfrageschocks, etwa durch eine Veränderung der Staatsausgaben oder eine Steuererhöhung, die gesamtwirtschaftliche Produktion beeinflussen. Das Modell erfasst sowohl den direkten Effekt der modellierten Veränderungen auf das reale BIP als auch die damit verbundenen Multiplikatoreffekte, die über Zweitrundeneffekte erst zeitverzögert eintreten.

Eine Erhöhung der Sozialabgaben kann sowohl die kurz- als auch die langfristige Entwicklung in Deutschland beeinflussen. Eine paritätische Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die nicht durch eine Senkung der Einkommensteuer oder steigende Bruttolöhne kompensiert wird, führt ceteris paribus zu einem Sinken der verfügbaren Einkommen, woraus ein negativer Nachfrageschock beim privaten Konsum resultiert. Auf der Angebotsseite wird die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls beeinflusst, wobei der Effekt entscheidend davon abhängt, inwieweit es den Unternehmen gelingt, die annahmegemäß steigenden Ausgaben für die gesetzliche Sozialversicherung durch eine Senkung der Bruttolöhne oder Erhöhung der Preise ihrer Produkte zu kompensieren. Bleibt eine Nettobelastung für die Arbeitgeber bestehen, so ist diese mit einem Anstieg der Arbeitskosten und somit mit einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Das kann wiederum zu einem negativen Effekt auf die Exporttätigkeit führen. Hinzu kommt, dass ein Anstieg der Lohnnebenkosten die Lohnstückkosten erhöht. Beides belastet die private Investitionstätigkeit, verringert potenziell die Beschäftigung und langfristig das Potenzialoutput.

3.2 Annahmen zur Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge

Steigende Lohnzusatzkosten erhöhen bei kurzfristig fixen Bruttolöhnen und Preisen ceteris paribus die Arbeitskosten. Im Kontext eines demografisch bedingt zunehmend knappen Arbeitsangebots in Deutschland werden damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sowie die Beschäftigungsaussichten gleichermaßen belastet. Die Dynamik der Sozialversicherungsbeiträge wird neben dem demografisch bedingten Aufwärtstrend bei den Arbeitskosten zu einem eigenständigen Faktor bei der Belastung der Wettbewerbsfähigkeit (BDA-Kommission, 2020).

In der folgenden Simulation wird der Blick auf die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven im Rahmen steigender Beitragsbelastungen am Standort Deutschland gerichtet. Während das Oxford-Modell in seinem Basisszenario für das kommende Jahrzehnt mit einer konstanten Quote der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung operiert, sprich implizit unveränderte Beitragssätze unterstellt, deuten verschiedene Simulationen für Deutschland darauf hin, dass die Finanzierungserfordernisse in den kommenden Jahren deutlich steigen werden. Die vom Basisszenario des Oxford-Modells abweichende Entwicklung der Beitragssätze soll im Folgenden als „exogener Schock“ modelliert werden.

Dabei gilt es, eine möglichst aktuelle Projektion zu verwenden, die auf einheitlichen Annahmen beruhend und getrennt für die gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungen mögliche Beitragssatzentwicklungen berechnet. Grundsätzlich hängt die Güte derartiger Berechnungen von den zugrundeliegenden Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung ab, sprich der Wahrscheinlichkeit, mit der diese Annahmen tatsächlich eintreten. Deshalb lässt sich aus wissenschaftlicher Perspektive immer kritisch diskutieren, ob die getroffenen Annahmen plausibel sind. Zudem lässt sich kritisch hinterfragen, ob die in den Simulationsmodellen hinterlegten Trends und Wirkungszusammenhänge denen entsprechen, die zum Beispiel dem Oxford-Modell zugrunde liegen. Deshalb sind die folgenden Berechnungen und Ergebnisse im Sinne einer Heuristik zu interpretieren, mit denen sich künftige Entwicklungen ihrer Tendenz und Richtung nach beschreiben lassen. Die modellhaften Simulationen dürfen aber nicht im Sinne einer Prognose interpretiert werden.

Mit der vom IGES-Institut im Auftrag der Krankenkasse DAK-Gesundheit erarbeiteten Studie liegt eine Beitragssatzprojektion für die kommenden Jahre vor, mit der – jenseits des hier nicht erfolgten Abgleichs der Annahmen mit denen des Oxford-Modells – die Kriterien der Aktualität und einer nach Sozialversicherungszweigen differenzierenden Berechnung erfüllt werden (Ochmann/Albrecht, 2024). Dieses Zahlengerüst soll im Folgenden als Grundlage für eine mögliche Entwicklung der Beitragsbelastungen abweichend vom Basisszenario des Oxford-Modells verwendet werden. Ausgehend von den Schätzungen für einzelne Sozialversicherungszweige kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz von 41,7 Prozent im Jahr 2025 in der mittleren Variante bis zum Jahr 2030 auf 45,5 Prozent steigen wird und bis zum Jahr 2035 weiter bis auf 48,6 Prozent (Ochmann/Albrecht, 2024, 16).

Um die Beitragssatzentwicklung im makroökonomischen Kontext modellieren zu können, sind die Veränderungen in Aufkommensentwicklungen umzurechnen, um sie in die Variablen des Oxford-Modells übersetzen zu können. Dazu wird zunächst unterstellt, dass sich die Beitragssatzsteigerungen linear über die betrachteten Zeiträume von fünf und zehn Jahren aufbauen. Aus dem Beitragsaufkommen je Beitragssatzpunkt im Ausgangsjahr 2024 lassen sich dann unter der Annahme, dass die beitragspflichtigen Einkommen jahresdurchschnittlich um 3 Prozent steigen, absolute Veränderungen gegenüber dem Basisszenario des Oxford-Modells (mit annahmegemäß konstanten Beitragssätzen) errechnen, zu den entsprechenden Aggregaten hinzurechnen, um dann für jedes Jahr neue, vom Basisszenario des Oxford-Modells abweichende Quoten der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung respektive der Arbeitskosten der Unternehmen zu berechnen.

Somit kann mit dem Oxford-Modell ein weiteres (im Folgenden „pessimistisches“) Szenario berechnet werden, dessen Output-Größen sich mit denen im Basisszenario bei konstanten Beitragsbelastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber vergleichen lässt.

Im pessimistischen Szenario werden folgende Anpassungen vorgenommen:

- Die Beiträge zur Sozialversicherung steigen jedes Jahr gegenüber dem Ausgangsjahr 2024 an, beispielsweise liegt die Mehrbelastung bei 11,7 Milliarden Euro im Jahr 2025 und bei 146 Milliarden Euro im Jahr 2034. Dieser Anstieg wird paritätisch auf die Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt.
- Im Modell wird die Aufkommenswirkung entsprechend integriert und im Vergleich zum Basisszenario (mit konstanten Sozialabgaben) steigt der prozentuale „Steuersatz“ der SV-Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an.
- Der „Steuersatz“ der Sozialabgaben berechnet sich im Modell als durchschnittliche Belastung, in dem die Staatseinnahmen aus Sozialversicherungsabgaben, jeweils für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, durch die Lohnsumme geteilt wird. So liegt die durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmer bei den Sozialversicherungsausgaben im Basisszenario von Oxford in den Jahren 2024 bis 2034 konstant bei etwa 16 Prozent. Im pessimistischen Szenario liegt dieser Wert bereits bei 16,4 Prozent im Jahr 2025 und steigt auf 18,9 Prozent im Jahr 2034 an.
- Bei der Lohnsumme wird die prognostizierte Entwicklung von Oxford Economics für Deutschland übernommen. Die Löhne und Gehälter nehmen im Basisszenario in der nächsten Dekade durchschnittlich im Jahr um 2,8 Prozent zu. Damit unterstellt die hier vorgeschlagene Simulation, dass die beitragspflichtigen Lohnbestandteile mit einer unterstellten jährlichen Wachstumsrate von 3 Prozent im Vergleich zur gesamten Lohnsumme im Oxford-Modell leicht überdurchschnittlich zulegen.

Die Ergebnisse aus dem pessimistischen Szenario werden jeweils mit dem Niveau der entsprechenden makroökonomischen Variablen im Basisszenario verglichen.

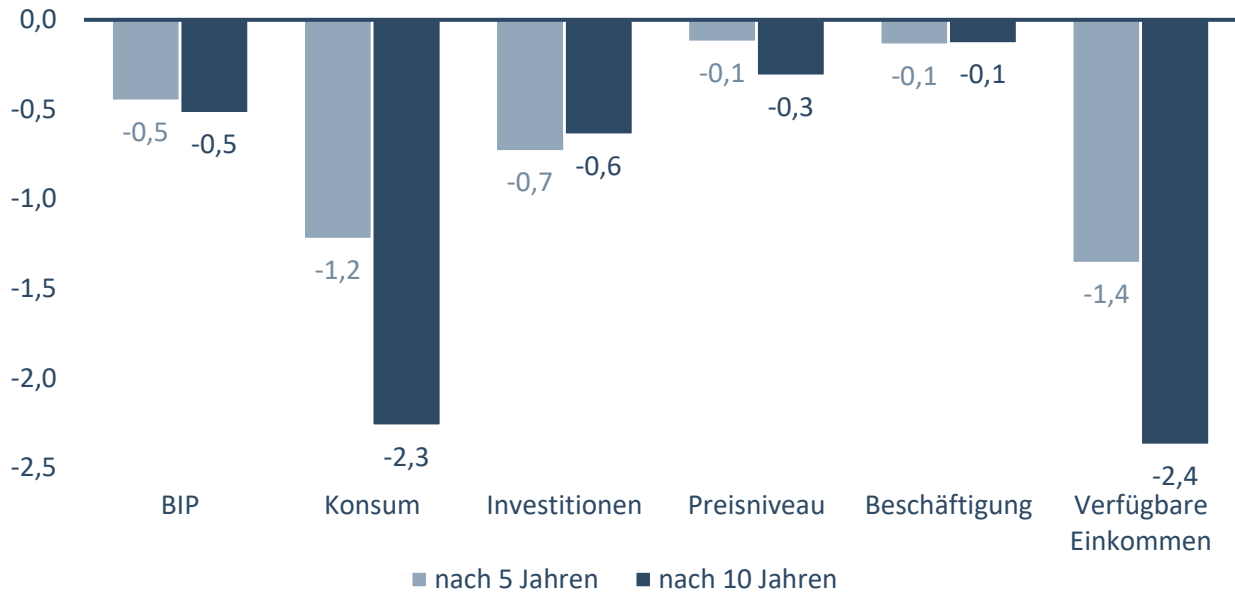
3.3 Simulation und Ergebnisse

Abbildung 3-1 gibt eine Übersicht der relevanten makroökonomischen Effekte. Dabei zeigen die blaugrauen Balken den Effekt nach fünf Jahren und die dunkelblauen Balken nach zehn Jahren. Es handelt sich bei allen Variablen um prozentuale Abweichungen vom Basisszenario. Die Darstellung erlaubt somit eine Einschätzung zum Umfang der Effekte als auch über deren Zeitverlauf.

Aufgrund der zunehmenden Belastung durch steigende Sozialabgaben kommt es zu einem negativen Effekt bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Das Niveau des BIP liegt im Jahr 2029 etwas weniger als 0,5 Prozent niedriger als im Basisszenario und verharrt auch bis in die nächste Dekade auf dem schwächeren Niveau. In absoluten Werten gerechnet (zu Preisen des Jahres 2020) ergibt sich ein kumulierter BIP-Verlust von rund 164 Milliarden Euro über den Zeitraum von zehn Jahren.

Abbildung 3-1: Makroökonomische Effekte steigender Sozialversicherungsbeiträge

Prozentuale Abweichung vom Basisszenario nach fünf und zehn Jahren



Hinweis: Investitionen beziehen sich auf die gesamten Investitionen der Volkswirtschaft. Da die staatlichen Investitionen im Modell aber exogen gesetzt sind, ergibt sich im Oxford Modell entsprechend nur eine Veränderung bei den privaten Investitionen.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Die negativen Auswirkungen steigender Sozialversicherungsbeiträge sind beim verfügbaren Einkommen der Haushalte besonders stark. Diese liegen nach fünf Jahren bereits um 1,4 Prozent niedriger als im Basisszenario mit konstanten Sozialabgaben. Nach zehn Jahren wirken sich die Zweitrunden- und Multiplikatoreffekte noch stärker aus, was zu einer noch größeren negativen Abweichung von 2,4 Prozent im Jahr 2034 führt. Diese Entwicklung überträgt sich entsprechend auf das Konsumverhalten der Haushalte. Der private Konsum liegt nach fünf Jahren 1,2 Prozent und nach zehn Jahren 2,3 Prozent niedriger als im Basisszenario. Somit wird deutlich, dass der Haupttreiber für den negativen BIP-Effekt beim privaten inländischen Konsum liegt. Der kumulierte Effekt über zehn Jahre gerechnet (zu Preisen des Jahres 2020) liegt mit minus 275 Milliarden Euro sogar höher als der gesamtwirtschaftliche BIP-Effekt. Zum Hintergrund: Der negative Konsumeffekt wird durch einen gegenläufigen Effekt auf die deutsche Volkswirtschaft gemindert, denn die deutschen Importe sinken aufgrund der schwachen binnenwirtschaftlichen Nachfrage deutlich stärker als die Exporte. Letztere gehen zwar aufgrund der höheren Lohnstückkosten und damit einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich ebenfalls zurück, aber der Nettoexporteffekt ist insgesamt deutlich positiv.

Auch die private Investitionstätigkeit leidet unter steigenden Arbeitskosten. Allerdings sind hier die negativen Auswirkungen nach fünf Jahren bereits höher als am Ende des Betrachtungszeitraums. Im Jahr 2029 würden die privaten Investitionen rund 0,7 Prozent unterhalb des Niveaus im Basisszenario liegen, im Jahr 2034 lägen sie immerhin noch 0,6 Prozent niedriger. Der Einbruch bei den privaten Investitionen wird hier vorwiegend vom Rückgang der Wohnbauinvestitionen verursacht, da der starke Rückgang der verfügbaren Haushaltseinkommen zu deutlich weniger Investitionen führt. Ebenfalls gehen die Unternehmensinvestitionen zurück, allerdings gibt es hier auch gegenläufige Effekte, da beispielsweise die Kapitalkosten aufgrund fallender Preisdeflatoren im pessimistischen Szenario etwas niedriger liegen als im Basisszenario. Die Unterauslastung der Kapazitäten hat einen preisdämpfenden Effekt. So liegt die Auslastung der Produktion im Verarbeitenden

Gewerbe bei höheren Sozialabgaben im Jahr 2029 etwa 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Basisszenario. Die Investitionstätigkeit ist somit insgesamt weniger stark von den steigenden Lohnnebenkosten der Arbeitgeber betroffen als der private Konsum.

Insgesamt haben steigende Sozialversicherungsbeiträge einen negativen Effekt auf die Beschäftigung, der im Zeitverlauf stabil bleibt. So würde die Anzahl der Erwerbstätigen (abhängig Beschäftigte und Selbstständige) nach fünf Jahren 0,14 Prozent niedriger als im Basisszenario liegen. Das entspricht einem absoluten Wert von knapp 64.000 Personen, im Jahre 2034 wären es knapp 59.000 weniger Erwerbstätige im deutschen Arbeitsmarkt. Dies geht einher mit dem Sinken der Lohneinkommen, die nach fünf Jahren um knapp 0,5 Prozent unter dem Basisszenario liegen, im Jahr 2024 sogar rund 0,7 Prozent niedriger. Das wirkt sich entsprechend negativ auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen aus, da die Einkünfte aus Beschäftigung den Großteil der Einkommen privater Haushalte in Deutschland darstellen.

Zwischenfazit: Die makroökonomische Simulation zeigt, dass die steigenden Mehrbelastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einem Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der nächsten Dekade zu werden drohen. Sie verhindern private Investitionen und mindern die binnenwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland. Bereits in den vergangenen beiden Jahren kam es Industrieweit zu fallenden Auftragsengängen und rückläufigen Umsatzzahlen, was zu einer Unterauslastung der Produktion geführt hat. Steigende Lohnnebenkosten würden dieses Problem verschärfen und zu negativen Beschäftigungseffekten führen. Die Output-Lücke hat preisdämpfende Effekte und die schwache Binnennachfrage führt zu einem deutlichen Einbruch bei Importen. Beides führt zu gegenläufigen Effekten, die den insgesamt negativen BIP-Effekt etwas abmildern. Dennoch bleiben unterm Strich kumulierte BIP-Verluste von insgesamt 164 Milliarden Euro (zu Preisen des Jahres 2020) nach zehn Jahren stehen. Während die hohen negativen Auswirkungen auf den privaten Konsum nachfrageseitig in der Theorie temporäre Effekte darstellen, wird im pessimistischen Szenario deutlich, dass kontinuierlich steigende Sozialversicherungsabgaben zu einer nachhaltigen Konsumschwäche führen. Gleichzeitig führen nachlassende private Investitionen in den Kapitalstock auch längerfristig zu negativen Effekten für das Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft.

4 Alternative Verteilung höherer Beitragslasten führt in die Irre

4.1 Einordnung aktueller Reformvorschläge

Angesichts der wirtschaftlichen Konsequenzen steigender Sozialabgaben lassen sich namhafte Politiker unterschiedlicher Couleur im öffentlichen Raum zitieren, man wolle die Beitragssatzsumme bei insgesamt 40 Prozent stabilisieren oder sich dieser Marke wieder annähern. Aber anstatt einen weiteren Anstieg der Beitragssätze durch eine strikte Ausgabendisziplin zu vermeiden, dominiert in den sozialpolitischen Diskursen offenkundig die Vorstellung, Handlungskompetenz vorrangig über generöse Leistungsversprechen signalisieren zu müssen. Ein Beispiel dafür liefert das Rentenpaket II, das mit einem dauerhaft garantierten Sicherungsniveau von 48 Prozent eine verlässliche Absicherung für alle Generationen versprechen wollte, aber aufgrund der erforderlichen Beitragssatzerhöhungen im Widerspruch zu den Beschäftigungs- und Einkommensinteressen vor allem der jüngeren Beitragszahler stand (Pimpertz/Schüler, 2024, 25 ff.).

Auch in der Gesundheits- und Pflegepolitik wurde über Dekaden vermieden, den steigenden Finanzierungserfordernissen durch ausgabendisziplinierende Maßnahmen Herr zu werden. Stattdessen steigen die Ausgaben zum Beispiel in der GKV seit Jahrzehnten kontinuierlich und überproportional stark im Vergleich zu den beitragspflichtigen Einkommen oder der Wirtschaftsleistung (Pimpertz, 2023). Auch die Debatten zur Weiterentwicklung der SPV werden aktuell von zahlreichen Stimmen aus der demokratischen Mitte geprägt, die das Leistungsversprechen auf eine stationäre Vollkostendeckung ausweiten wollen, ohne sozialpolitische Handlungsbedarfe im Einzelfall zu prüfen. (Zu welchen Anteilen private Haushalte in der Lage sind, Eigenanteile bei der stationären Pflege aus eigener Kraft zu finanzieren, untersuchen Pimpertz/Stockhausen, 2024). Auch diese Debatte steht beispielhaft dafür, dass Gesundheits- und Pflegepolitik bislang der Logik einer ausgabenorientierten Einnahmenpolitik folgen: Höhere Finanzierungserfordernisse werden nicht in Frage gestellt, sondern gegebene und zusätzliche Leistungsversprechen für sakrosankt erklärt. Politische Anstrengungen konzentrieren sich auf die Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen, statt umgekehrt die Erfüllbarkeit möglicher Leistungszusagen an den Grenzen einer wirtschaftspolitisch vertretbaren Abgabenbelastung auszurichten (einnahmenorientierte Ausgabenpolitik).

Einen möglichen Ausweg aus dem gesundheitspolitischen Dilemma zwischen steigenden Finanzierungserfordernissen und höheren Beitragsbelastungen wollen Reformmodelle versprechen, die eine Ausweitung des pflichtversicherten Personenkreises (Bürgerversicherung) und/oder der Beitragsbemessungsgrundlage (zum Beispiel durch eine Anhebung der Bemessungsgrenze) für GKV und SPV vorsehen. Angesichts der rechtlichen Einwände gegen die Einführung einer Bürgerversicherung sowie der selbst im „günstigen“ Fall aus Vertrauensschutzgründen erforderlichen, langen Übergangsphase wird im Folgenden auf eine tiefergehende Diskussion des Bürgerversicherungsmodells verzichtet (stellvertretend und ausführlich dazu Beznoska et al., 2021). Festzuhalten bleibt aber, dass der demografische Wandel nicht erst in ferner Zukunft eintritt, sondern sich ab jetzt auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen auswirkt. Darauf können Reformvorschläge keine Antwort geben, die – jenseits zahlreicher weiterer Kritikpunkte – ihre angestrebte Wirkung erst langfristig entfalten können.

Damit rücken Vorschläge in den Vordergrund, die kurzfristig für höhere Beitragseinnahmen bei möglichst stabilen Beitragssätzen sorgen sollen. So formuliert das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2025, dass sich die Beiträge der Versicherten stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten orientieren sollen (SPD, 2025, 26 f.). Die Formulierung legt die Vermutung nahe, dass es dabei um eine

Einbeziehung bislang beitragsfreier Einkommensbestandteile namentlich oberhalb der heute gültigen Beitragsbemessungsgrenze in der GKV/SPV gehen soll. Im Programmmentwurf von Bündnis 90/Die Grünen findet sich der explizite Hinweis, weitere Einkunftsarten in die Beitragspflicht einbeziehen zu wollen. Bezüglich der Bemessungsgrenze bleiben die Formulierungen zwar unbestimmt, aber hinreichend offen, um den Vorstellungen einer „gerechteren Finanzierung“ etwa durch eine höhere Bemessungsgrenze zu genügen (Bündnis 90/Die Grünen, 2025, 41). Eine Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Einkommen fordert außerdem die Partei Die LINKE, eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze explizit das Bündnis Sahra Wagenknecht (Die LINKE, 2025, 17; BSW, 2025, 20). In ihrem Kurzprogramm bekennen sich CDU/CSU zwar dazu, sich wieder einem Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz von 40 Prozent zu nähern. Wie das gelingen kann, wird aber nicht ausgeführt. Insbesondere mangelt es an einem Bekenntnis zu der bestehenden Bemessungsgrenze (CDU/CSU, 2025, 1). Angesichts der möglichen Regierungskoalitionen, die sich nach dem Stand aktueller Umfragen abzeichnen, erscheint eine Diskussion über die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV und SPV deshalb in der kommenden Legislaturperiode nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich.

4.2 Belastungswirkungen einer höheren Beitragsbemessungsgrenze in der GKV und SPV

Welche zusätzlichen Beitragsbelastungen infolge einer höheren Bemessungsgrenze bei den betroffenen GKV- und SPV-Mitgliedern und deren Arbeitgebern auftreten und wie sich diese regional verteilen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag des Verbands der Privaten Krankenversicherung e. V. untersucht (Beznoska et al., 2024). Mögliche Belastungseffekte wurden dazu in zwei Szenarien mit fortgeschriebenen Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das 2023 simuliert: zum einen bei einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau in der Gesetzlichen Rentenversicherung West (GRV), zum anderen bis zur Höhe der Versicherungspflichtgrenze in der GKV. Mit Blick auf die Mehreinnahmen, die zum Beispiel erforderlich gewesen wären, um den aktuellen Beitragssatzanstieg zur GKV und SPV zum Jahreswechsel 2024/2025 zu vermeiden, konzentrieren sich die weiteren Ausführungen auf die Effekte einer Angleichung der Bemessungsgrenzen in GRV und GKV/SPV.

Insgesamt erreichen die zusätzlichen Beitragsbelastungen bei den erwerbstätigen GKV- und SPV-Mitgliedern sowie deren Arbeitgebern im Jahr 2023 eine Summe von 22,9 Milliarden Euro. Davon entfallen 18,8 Milliarden Euro auf die GKV und weitere 4,1 Milliarden Euro auf die SPV (Tabelle 4-1). Zwar hätten die Mehreinnahmen potenziell ausgereicht, um den aktuellen Beitragssatzanstieg in der GKV und SPV zu kompensieren. Eine kurzfristig mögliche Stabilisierung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beitragsbelastung bei erhöhter Bemessungsgrenze steigt. Denn die Unternehmen müssen aufgrund der höheren Lohnzusatzkosten für Mitarbeitende mit Entgelten oberhalb der bisherigen Bemessungsgrenze höhere Arbeitskosten schultern, während spiegelbildlich die Beschäftigten entsprechende Nettoeinkommenseinbußen hinnehmen müssen. Die veränderte Lastverteilung steigender Sozialabgabenlasten hätte jedoch keinen Einfluss auf jene Faktoren, die auf der Ausgabenseite zu einem überproportional starken Wachstum führen. Mit anderen Worten: Eine vermeintlich gerechtere Verteilung steigender Beitragslasten bei höherer Bemessungsgrenze vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass selbst bei einem kurzfristig stabilen Beitragssatzerfordernis die Beitragsbelastungen steigen. Mehr noch, bei unveränderter Ausgabendynamik führen die steigenden Finanzierungserfordernisse schon kurzfristig wieder zu weiteren Erhöhungen der Beitragssätze.

Würde die Bemessungsgrenze in der kommenden Legislaturperiode bis auf das Niveau der GRV angehoben, wirken sich die Belastungseffekte – analog zu den für das Jahr 2023 simulierten Effekten – unterschiedlich stark auf einzelne Regionen und Bundesländer aus (Tabelle 4-1). Dabei gilt: Je höher der Belegschaftsanteil gut qualifizierter und gut verdienender Arbeitnehmer – die in der digitalen und ökologischen Transformation besonders gefragt sind –, desto stärker die Betroffenheit der jeweiligen Unternehmen (vgl. vbw, 2024). Belastet würden Arbeitgeber und Beschäftigte insbesondere in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Allein in diesen drei bevölkerungsreichen Bundesländern wären im Jahr 2023 rund 3,6 Millionen Beitragszahler betroffen gewesen – zusammen etwa 57 Prozent aller beschäftigten GKV- und SPV-Mitglieder zwischen 21 und 67 Jahren (insgesamt 6,3 Millionen), die im Status quo 2023 bundesweit Bruttoentgelte oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze zur GKV und SPV erzielten (Beznoska et al., 2024, 18). Auch das Gros der insgesamt zusätzlich aufzubringenden Beitragslast käme mit gut 21 Prozent aus Nordrhein-Westfalen (4,9 Milliarden Euro von insgesamt 22,9 Milliarden Euro), gefolgt von Baden-Württemberg mit knapp 19 Prozent (4,3 Milliarden Euro) und Bayern mit über 17 Prozent (4,0 Milliarden Euro).

Tabelle 4-1: Regionale Belastungseffekte in der GKV und SPV bei einer Anhebung der Bemessungsgrenze auf das Niveau der GRV West, 2023

	Region									
	SH, HH	HB, NI	NW	RP, SL	HE	BW	BY	BE, BB, MV, ST	TH, SN	Insgesamt
	Milliarden Euro									
GKV	1,3	2,0	3,9	1,0	1,7	3,6	3,3	1,5	0,5	18,8
SPV	0,3	0,4	0,9	0,2	0,4	0,7	0,7	0,3	0,1	4,1
Insgesamt	1,5	2,4	4,9	1,2	2,1	4,3	4,0	1,8	0,6	22,9
	In Prozent									
Anteil an der zusätzlichen Beitragslast	6,7	10,6	21,3	5,1	9,3	19,0	17,3	8,0	2,8	100
	Zusätzliche Beitragslast pro Kopf, in Euro pro Jahr									
Je GKV-Mitglied*	782	646	640	611	764	906	719	448	219	648
Je GKV-Mitglied mit einem Bruttoeinkommen oberhalb der bisherigen Bemessungsgrenze*	3.764	3.741	3.662	3.776	3.832	3.606	3.753	3.298	2.963	3.646

Aufgrund der zum Teil niedrigen Fallzahlen werden einzelne Bundesländer zu sogenannten Nielsen-Regionen zusammengefasst (Beznoska et al. 2024, 10): SH, HH: Schleswig-Holstein und Hamburg; HB, NI: Bremen und Niedersachsen; NW: Nordrhein-Westfalen; RP, SL: Rheinland-Pfalz und Saarland; HE: Hessen; Baden-Württemberg; BY: Bayern; BE, BB, MV, ST: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt; TH, SN: Thüringen und Sachsen.

*Erwerbstätige GKV-Mitglieder im Alter zwischen 21 und 67 Jahren mit positivem Bruttoerwerbseinkommen; Differenzen in den Zeilensummen rundungsbedingt; Ursprungsdaten: SOEP v36.

Quelle: Pimpertz/Stockhausen, 2024, 21

Regionale Unterschiede bei der Einwohnerzahl und die relative Häufigkeit von erwerbstätigen GKV- und SPV-Mitgliedern mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze können den Eindruck dieser Befunde verzerren. Davon abstrahiert eine Betrachtung der durchschnittlichen zusätzlichen Beitragslasten, die bei den tatsächlich betroffenen GKV- und SPV-Mitgliedern und Arbeitgebern auftreten, deren sozialversicherungs-pflichtigen Entgelte die bislang geltende Bemessungsgrenze übertreffen. Die zusätzlich zu tragende Beitragslast der tatsächlich betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hätte im Jahr 2023 bundesdurchschnittlich 3.646 Euro pro Jahr betragen – die höchsten Zusatzlasten hätten die Betroffenen in Hessen schultern müssen (3.832 Euro pro Jahr). In Bayern wäre die Pro-Kopf-Belastung am vierthöchsten ausgefallen, aufgrund der Einwohnerzahl und Entgeltverteilung hätten die betreffenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber Bayerns aber 17,3 Prozent der bundesweit auftretenden Zusatzlast geschultert. Mit anderen Worten: Wenn vor allem an den (noch) prosperierenden Wirtschaftsstandorten Süddeutschlands sowie Nordrhein-Westfalens (dort auch aufgrund der hohen Einwohnerzahl) vergleichsweise häufig überdurchschnittliche Verdienste erzielt werden können, dann steigen die zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und deren Arbeitnehmer ausgerechnet in den wirtschaftsstarken Regionen überproportional stark.

Gleichzeitig sind auf Seiten des Staates (Bund, Länder und Kommunen) bei der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag Ausfälle in Höhe von insgesamt 4,7 Milliarden Euro zu erwarten (Tabelle 4-2). Denn höhere Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens angerechnet. Das mindert einerseits die Nettoeinkommenseinbuße bei den betroffenen Beschäftigten mit Entgelten oberhalb der bisherigen Bemessungsgrenze, führt aber gleichzeitig zu entsprechenden Einnahmeausfällen bei den Gebietskörperschaften (Beznoska et al., 2024, 25).

Tabelle 4-2: Steuerausfälle nach Gebietskörperschaften und Regionen bei einer Anhebung der Bemessungsgrenze auf das Niveau der GRV West, 2023

	Region									
	SH, HH	HB, NI	NW	RP, SL	HE	BW	BY	BE, BB, MV, ST	TH, SN	Insgesamt
	Millionen Euro									
ESt (Land)	-122	-213	-404	-99	-172	-373	-341	-163	-56	-1.944
ESt (Kommunen)	-43	-75	-143	-35	-61	-132	-120	-57	-20	-686
ESt + Soli (Bund)	-130	-229	-439	-106	-187	-410	-369	-179	-58	-2.106
ESt + Soli (Staat)	-295	-517	-986	-240	-420	-914	-830	-399	-134	-4.736
Nachrichtlich: Steuerausfall in Euro pro Kopf*	-728	-796	-742	-784	-752	-759	-785	-722	-623	-754

*Erwerbstätige GKV-Mitglieder im Alter zwischen 21 und 67 Jahren mit positivem Bruttoerwerbseinkommen; Differenzen in den Zeilensummen rundungsbedingt; Ursprungsdaten: SOEP v36.

Quelle: Pimpertz/Stockhausen, 2024, 25

Deshalb verteilen sich nicht nur die zusätzlichen Beitragsbelastungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber regional unterschiedlich, sondern auch die Steuerausfälle auf Seiten des Bundes, der Länder und der Kommunen. Von den deutschlandweiten Ausfällen bei der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag in Höhe von bis zu 4,74 Milliarden Euro im Jahr 2023 hätten 2,1 Milliarden Euro unmittelbar im Bundeshaushalt gefehlt. Allein in Nordrhein-Westfalen wäre es zu Ausfällen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro gekommen, davon 439 Millionen zulasten des Bundes, weitere 404 Millionen Euro hätten im Landesetat gefehlt und nochmal 143 Millionen Euro in den kommunalen Haushalten. Mit Blick auf die Landes- und kommunalen Haushalte folgen Baden-Württemberg und Bayern mit Einnahmenausfällen von insgesamt 505 Millionen Euro (373 plus 132 Millionen Euro) beziehungsweise 461 Millionen Euro (341 plus 120 Millionen Euro).

Die beschriebenen Belastungseffekte und Steuerausfälle stehen dabei lediglich für die Erstrundeneffekte einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Für Unternehmen steigen die Arbeitskosten darüber hinaus, sollten für privat krankenversicherte Arbeitnehmer höhere Beitragszuschüsse fällig werden. (Das ist der Fall, wenn die zu zahlende Prämie den GKV-Höchstbeitrag im Status quo übertrifft, dieser aber infolge einer höheren Beitragsbemessungsgrenze steigt und deshalb auch der bisherige Arbeitgeberzuschuss angehoben werden muss.) Angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels ist zudem in einem „Arbeitsnehmermarkt“ mit demografisch bedingt knapper werdendem Arbeitsangebot zu befürchten, dass es insbesondere hochqualifizierten und gut organisierten Beschäftigten mit höherer Wahrscheinlichkeit gelingen wird, mindestens ihr bisheriges Nettoeinkommen durchzusetzen. Dazu müsste deren Bruttolohn aber überproportional stark angehoben werden. Das würde die Arbeitskosten am Standort weiter in die Höhe treiben, bei unveränderter Stundenproduktivität zu höheren Lohnstückkosten führen und in der Folge die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen weiter belasten. Die adversen makroökonomischen Effekte konnten durch das Oxford-Modell aufgezeigt werden (siehe Kapitel 3): Diese Entwicklung führt mittel- bis längerfristig zu einer schwächeren Entwicklung der deutschen Wirtschaftsleistung, dämpft die Entwicklung der Investitionen und provoziert deutliche Einbußen beim verfügbaren Einkommen respektive beim inländischen Konsum.

5 Beschäftigungssichernde Investitionen erfordern stabile Beitragslasten

Mit dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ist das Geschäftsmodell der deutschen Volkswirtschaft ins Wanken geraten. In einer zunehmend de-globalisierten Ökonomie gelingt es der industriebasierten und exportorientierten Wirtschaft immer weniger, an dem wirtschaftlichen Wachstum seiner Hauptzielländer teilzuhaben. Ehemalige Absatzregionen entwickeln sich stattdessen zu erfolgreichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Bedenklich stimmt dabei die anhaltende Investitionsschwäche, die die Bewältigung der transformatorischen Herausforderungen der Dekarbonisierung und Digitalisierung zusätzlich belastet. Defizite in der öffentlichen Infrastruktur treten zunehmend zutage und belasten die wirtschaftliche Dynamik. Damit die deutsche Volkswirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad schwenkt, braucht es in der kommenden Legislaturperiode einen Kurswechsel hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Die Beseitigung von öffentlichen Infrastrukturdefiziten benötigt einen verlässlichen Finanzierungsrahmen sowie eine Investitionspolitik über mindestens ein Jahrzehnt. Positive Effekte werden sich aber selbst unter idealen Bedingungen nur mittel- bis längerfristig einstellen. Um die private Investitionstätigkeit am Standort kurzfristig wiederzubeleben, bedarf es darüber hinaus wirksamer, steuerpolitischer Impulse für die unternehmerische Wirtschaft. Darüber hinaus bleibt der Befund, dass die steuerliche Belastung deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist. Sie stellt damit einen deutlichen Wettbewerbsnachteil dar.

Dabei steht die deutsche Gesellschaft vor einer demografischen Transformation. Denn die ersten geburtenstarken Jahrgänge erreichen bereits jetzt die Altersgrenze in der GRV. Einerseits droht dem Arbeitsmarkt damit ein Verlust an dringend benötigten Arbeits- und Fachkräften, weil die schwächer besetzten, nachfolgenden Kohorten die hinterlassene Lücke nicht mehr schließen können. Andererseits belastet eine steigende Anzahl an Rentenbeziehenden nicht nur die GRV. Auch in GKV und SPV steigt der Anteil der Mitglieder mit vergleichsweise niedrigen beitragspflichtigen Alterseinkommen, während auf der Ausgabenseite der Anteil an Versicherten steigt, die alterstypisch überdurchschnittlich hohe Leistungsausgaben beanspruchen. Deshalb sind die Beitragssatzerhöhungen zum Jahreswechsel 2024/2025 nicht etwa als temporäres Phänomen zu verstehen. Vielmehr markieren sie den Einstieg in einen anhaltenden Trend zu latent steigenden Beitragsbelastungen.

Höhere Sozialabgaben führen aber bei fixen Bruttolöhnen nicht nur ad hoc zu höheren Arbeitskosten. (Ohne kurzfristig mobilisierbare Produktivitätspotenziale steigen die Lohnstückkosten, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit am deutschen Standort zusätzlich belasten.) Bei einem demografisch bedingt zunehmend knappen Arbeitskräfteangebot steigt mittelfristig auch die Wahrscheinlichkeit, dass es insbesondere den höher qualifizierten und gut organisierten Arbeitskräften gelingen wird, ihre spiegelbildlich gesunkenen Nettoeinkommen in nachfolgenden Lohnverhandlungen über höhere Bruttolohnforderungen zu kompensieren. Damit droht ein weiterer Anstieg der Lohnstückkosten, der die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Beschäftigungs- und Einkommenschancen in Deutschland nachhaltig belastet. Die in diesem Papier vorgenommenen Makrosimulationen unterlegen den Befund, dass es zu einem nachhaltig negativen Effekt auf die deutsche Wirtschaftsleistung innerhalb der nächsten Dekade kommt.

Latent steigende Sozialabgaben wachsen sich zu einer Hypothek für die Wiederbelebung privater Investitionen aus. Denn steuerpolitische Impulse können Investitionsentscheidungen zugunsten des Standorts

Deutschland nur so lange begünstigen, wie die übrigen Rahmenbedingungen hierzulande vergleichbare Voraussetzungen bieten wie an anderen Standorten. Weil aber die öffentliche Infrastruktur kaum wettbewerbsfähig ist und hierzulande zudem mit steigenden Arbeitskosten gerechnet werden muss, bleibt ein Engagement an alternativen Standorten für potenzielle Investoren attraktiv. Das gilt es zu vermeiden. Denn mit einer Wiederbelebung privater Investitionen geht die Hoffnung einher, Beschäftigung zu sichern und mittelfristig neue Beschäftigungschancen schaffen zu können. Genau diesen Zusammenhang bestätigt eine makroökonomische Simulation mit dem Oxford-Modell, nach der die Wirtschaftsleistung bei latent steigenden Sozialabgaben über das kommende Jahrzehnt rund ein halbes Prozent unter dem Niveau liegen wird, was ohne einen Anstieg der Abgabenlast möglich wäre. Deutlich negative Auswirkungen zeigen sich bei der privaten Investitionstätigkeit. Der Bremseffekt scheint bei der Beschäftigung gering auszufallen, dafür ergeben sich aber sehr deutliche Einbußen bei den verfügbaren Einkommen und dem privaten Konsum.

Keine Lösung bieten dagegen Vorschläge, die allein die Beitragssatzsumme stabilisieren wollen, dazu aber die Beitragsbemessungsgrundlage ausweiten. Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV und SPV kann zum Beispiel nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst bei einem kurzfristig stabilen Beitragssatzerfordernis die Beitragsbelastungen steigen. Vor allem für die überwiegend höher qualifizierten Arbeitskräfte würden die Arbeitskosten deutlich steigen und in der Folge jene Standorte und Unternehmen überproportional stark belastet, bei denen Potenziale für eine erfolgreiche Transformation zu vermuten sind. Mittelfristig wäre damit aber nichts gewonnen. Denn bei ungebremstem Ausgabenwachstum in der umlagefinanzierten GRV, GKV und SPV bleibt der Anpassungsdruck auf die Beitragssätze auch bei erweiterter Beitragsbemessung bestehen.

Für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik braucht es deshalb eine strikte Ausgaben disziplin in den sozialen Sicherungssystemen, damit die Sozialabgabenbelastung möglichst konstant gehalten werden kann. Das Beitragssatzziel von insgesamt 40 Prozent gilt explizit unter der Voraussetzung des bestehenden Beitragsrechts. Notwendig sind dazu Begrenzungen und Einschnitte in das Leistungsversprechen der Sozialversicherungssysteme: In der gesetzlichen Alterssicherung muss die regelgebundene Rentenanpassung beibehalten werden, auch wenn damit das Sicherungsniveau sukzessive sinkt. Langfristig führt kein Weg an einer längeren Lebensarbeitszeit vorbei, sprich an einer kontinuierlichen Anhebung der Regelaltersgrenze über das Jahr 2031 hinaus. Doch schon kurzfristig müssen Vorruhestandsoptionen begrenzt und Frühverrentungsanreize abgeschafft werden, damit dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte dem Arbeitsmarkt möglichst lange erhalten bleiben (Pimpertz, 2024). In der GKV und SPV braucht es einen grundlegenden Wechsel hin zu einer einnahmenorientierten Ausgabenpolitik bei konstanten Beitragssätzen, die sich an den Grenzen einer wirtschaftspolitisch vertretbaren Abgabenbelastung orientiert. Zur Erfüllung des gesetzlichen Leistungsversprechens und der daraus erwachsenden Finanzierungserfordernisse braucht es dann eine ergänzende, kapitalgedeckte Säule, um die medizinische und pflegerische Versorgung – analog zu der mehrsäuligen Alterssicherung – finanzieren zu können (Pimpertz, 2022).

6 Abstract

Germany is suffering from a loss of international competitiveness. Revitalising economic growth therefore not only requires a sustainable change of economic policy. Even in the short term, measures must be taken to revitalise public and private investment in Germany. However, rising social security contributions are becoming an additional burden that can thwart incentives to invest. In the medium to long term, rising contributions threaten to reduce economic growth by half per cent compared to a constant contribution burden. This is because higher labour costs primarily affect the competitiveness of the German economy, while higher employee contributions lead to a decline in private consumption and domestic demand. To slow down the impending rise in contribution rates, in the federal election campaign some parties are proposing to raise the threshold for income subject to contributions in mandatory social security schemes. It is true that the expected additional income could be used to avoid increases in contribution rates in the short term. However, a supposedly fairer distribution of the burden cannot hide the fact that the overall contribution burden for employees and employers is increasing. Moreover, the ageing of the population will lead to further increases in contribution rates in the medium and long term, even with an increased income threshold. Instead, it is necessary to limit the increase in expenditure both in statutory old age insurance and in health and long-term care insurance to stabilise contribution rates under the rules of the current contribution law.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4-1:	Regionale Belastungseffekte in der GKV und SPV bei einer Anhebung der Bemessungsgrenze auf das Niveau der GRV West, 2023	16
Tabelle 4-2:	Steuerausfälle nach Gebietskörperschaften und Regionen bei einer Anhebung der Bemessungsgrenze auf das Niveau der GRV West, 2023	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1:	Makroökonomische Effekte steigender Sozialversicherungsbeiträge.....	12
----------------	--	----

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus et al., 2024, Es wird nicht besser, IW-Konjunkturprognose Winter 2024, IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, IW-Report, Nr. 45, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-groemling-es-wird-nicht-besser.html> [15.1.2025]

BDA-Kommission, 2020, Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen, Bericht der Kommission vom 29. Juli 2020, Berlin, <https://arbeitgeber.de/themen/sozialpolitik-und-soziale-sicherung/zukunft-der-sozialversicherung/> [13.1.2025]

Beznoska, Martin / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2024, Regionale Belastungseffekte einer Variation der Beitragsbemessungsgrenze, IW-Gutachten im Auftrag des Verbands der Privaten Krankenversicherung e. V., 16.9.2024, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-jochen-pimpertz-maximilian-stockhausen-regionale-belastungseffekte-einer-variation-der-beitragsbemessungsgrenze.html> [9.1.2025]

Beznoska, Martin / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2023, Wie beeinflusst die Demografie das Solidaritätsprinzip in der GKV?, in: Sozialer Fortschritt, 72. Jg., Heft 6, S. 400–517, <https://doi.org/10.3790/sfo.72.6.499> [9.1.2025]

Beznoska, Martin / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2021, Führt eine Bürgerversicherung zu mehr Solidarität?, IW-Analysen, Nr. 143, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-jochen-pimpertz-maximilian-stockhausen-eine-vermessung-des-solidaritaetsprinzips-in-der-gesetzlichen-krankenversicherung.html> [10.1.2025]

BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht, 2025, Unser Land verdient mehr!, Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 – Entwurf, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-bsw> [13.1.2025]

Bündnis 90/Die Grünen, 2025, Zusammenwachsen, Regierungsprogramm 2025, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-gruene> [13.1.2025]

CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands, 2025, Politikwechsel für Deutschland, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-cdu> [13.1.2025]

Die LINKE, 2025, Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, Entwurf, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-die-linke> [13.1.2025]

Hammermann, Andrea et al., 2024, Agenda 2030. Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Jahre 2025-2029, IW-Policy Paper, Nr. 12, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-jochen-pimpertz-holger-schaefer-christoph-schroeder-stefanie-seele-oliver-stettes-sandra-vogel-arbeitsmarktpolitische-weichenstellungen-fuer-die-jahre-2025-2029.html> [3.1.2025]

Hentze, Tobias / Kauder, Björn / Obst, Thomas, 2024, Standortfaktor Körperschaftsteuer – Szenarien für mehr private Investitionen, Studie der Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.) erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln / Berlin

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode: Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-huether-wettbewerbsfaehigkeit-und-transformation.html> [13.1.2025]

Hüther, Michael / Jung, Markos / Obst, Thomas, 2022, Wachstum durch Beschäftigung: Potenziale der deutschen Volkswirtschaft, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Band 71, Heft 2, S. 95-123

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode: Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-huether-wettbewerbsfaehigkeit-und-transformation.html> [9.1.2025]

IMD Competitiveness Ranking 2024, <https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/> [17.12.2024]

Kommission Verlässlicher Generationenvertrag, 2020, Bericht der Kommission, Band 1 – Empfehlungen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Bonn, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Rente/Kommission-Verlaesslicher-Generationenvertrag/bericht-der-kommission-band-1.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [9.1.2025]

Lesch, Hagen, 2024, Die deutsche Lohnpolitik zwischen Inflation und Stagnation, in: IW-Trends, 51. Jg., Heft 2, S. 81–99, <https://www.iwkoeln.de/studien/hagen-lesch-drohen-zielkonflikte-mit-der-geldpolitik.html> [15.1.2025]

Ochmann, Richard / Albrecht, Martin, 2024, Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung, Szenarienbasierte Projektion bis zum Jahr 2035 für die DAK-Gesundheit, Kurzbericht, Juni 2024, <https://caas.content.dak.de/caas/v1/media/73368/data/5d648a27e8312f72538352d41202a119/240625-download-kurzbericht-iges-dak-entwicklung-sozialversicherung.pdf> [9.1.2025]

Pimpertz, Jochen, 2024, Agenda 2030 für die Rentenpolitik. Leitlinien für die 21. Legislaturperiode und darüber hinaus, IW-Policy Paper Nr. 13, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-leitlinien-fuer-die-21-legislaturperiode-und-darueber-hinaus.html> [9.1.2025]

Pimpertz, Jochen, 2023, Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung, in: IW-Trends, 50. Jg., Heft 4, S. 61–77, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-entwicklung-der-ausgaben-und-einnahmen-in-der-gesetzlichen-krankenversicherung.html> [10.1.2025]

Pimpertz, Jochen, 2022, Das Solidaritätsprinzip im Fokus einer GKV-Reform, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 71., Jg., Heft 1, S. 1–26, <https://doi.org/10.1515/zfw-2022-2068> [13.1.2025]

Pimpertz, Jochen / Schüler, Ruth Maria, 2024, Politische Ökonomie der Rentenreform, IW-Analysen, Nr. 156, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-ruth-maria-schueler-zwischen-oekonomischer-ratio-waehlerpraeferenzen-und-partieprogrammatik.html> [9.1.2025]

Pimpertz, Jochen / Schüler, Ruth Maria, 2021, Nachhaltigkeit in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Simulation im Generationencheck, IW-Gutachten im Auftrag der INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 28.5.2021, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-ruth-maria-schueler-nachhaltigkeit-in-der-gesetzlichen-rentenversicherung.html> [9.1.2025]

Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2024, Vorsorge für den stationären Pflegefall. Wie lange reichen Vermögen und Einkommen deutscher Rentnerhaushalte?, IW-Gutachten im Auftrag des Verbands der Privaten Krankenversicherung e. V., 10.10.2025, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-maximilian-stockhausen-wie-lange-reichen-vermoegen-und-einkommen-deutscher-rentnerhaushalte.html> [10.10.2025]

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2025, Mehr für Dich. Besser für Deutschland, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-spd> [13.1.2025]

vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e. V., 2024, Sozialversicherung und Lohnzusatzkosten, Stand: Dezember 2024, <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Soziale-Sicherung/Sozialversicherung/Sozialversicherung-und-Lohnzusatzkosten.jsp> [10.1.2025]